

Antrag der Fraktionen Bü 90/Grüne und CDU vom 3. Februar 2020 betr. für eine ökologische und ökonomische Infrastrukturanbindung Darmstadts und der Region



**B' 90/Die GRÜNEN Stadtverordnetenfraktion
Darmstadt**
Lauteschlägerstr. 38—64289 Darmstadt
Tel./Fax: 06151/6 14 90, 06151/6 14 01
Mail: fraktion@gruene-darmstadt.de
Internet: www.gruene-darmstadt.de/fraktion

**CDU Darmstadt
Stadtverordnetenfraktion**
Steubenplatz 12 4—64293 Darmstadt
Tel./Fax: 06151/171211, 06151/171219
E mail: fraktion@cdu-darmstadt.de
Internet: www.cdu-darmstadt.de

Darmstadt 03.02.2020

ANTRAG

Für eine ökologische und ökonomische Infrastrukturanbindung Darmstadts und der Region

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die im Bundesverkehrswegeplan vorgesehene Nordanbindung Darmstadts an die ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim und die Möglichkeit zur Vollanbindung im Süden des Stadtgebiets (seitens der Deutschen Bahn noch in Prüfung). Eine solche Südanbindung wird von der Stadtverordnetenversammlung ausdrücklich als wichtiger Beitrag zu einem funktionstüchtigen Anschluss Darmstadts an die ökologische und ökonomische Zukunftsinfrastruktur der neuen Schienenfernverkehrsstrecken gefordert
2. Der Magistrat wird aufgefordert, seine bisherige Position zu einer Südanbindung unter dem Westwald aufrecht zu erhalten und die umsichtige regionale Koordination des Projekts mit den südhessischen Landräten, der Industrie- und Handelskammer (IHK) sowie dem Hessischen Verkehrsministerium fortzusetzen.
3. Der Magistrat wird in seiner ablehnenden Haltung gegenüber einer Streckenführung, gleichgültig ob im Trog, Tunnel oder ebenerdig, unmittelbar nördlich angrenzend an die Eschollbrücker Straße unterstützt. Dies ist ausdrücklich kein Ziel der Wissenschaftsstadt Darmstadt.
4. Der Magistrat wird aufgefordert, weiterhin an seiner Forderung festzuhalten, für den Bau im Westwald möglicher Weise notwendige Eingriffe so gering wie möglich zu halten und vor Ort auszugleichen, z.B. durch zukunftsfähige Wiederaufforstungen über und am Rande der dann geschlossenen Strecke.

Begründung:

Schieneinfrastrukturprojekte sind im Sinne langer Planungszeiträume und langfristiger Investitionsentscheidungen Jahrhundertbauwerke. Für eine Großstadt ist die Anbindung an solche Netze eine essentielle Entscheidung über die Vorteile als Wohn-, Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort, die über mehrere Generationen hinweg positiv wirksam sind. Sie darf deshalb nicht einem kurzfristigen Kalkül unterworfen werden, sondern muss weitsichtig getroffen werden.

In besonderer Weise gilt dies für den Ausbau der Bahn-Hochgeschwindigkeitsstrecken (ICE) und der Freimachung von Kapazitäten für die Verlagerung von Güterverkehren von der Straße auf die Schiene. Sie sind Schlüsselemente einer ökologischen Verkehrswende.

Nur eine umstiegsfreie Vollenbindung sichert langfristig über alle künftigen Taktfahrpläne hinweg den Zugang der Bürgerinnen und Bürger Darmstadts zu den immer wichtiger werdenden ICE-Verbindungen als Alternative zum PKW und zu innereuropäischen Flügen.

Wer dies ohne Not in Frage stellt, spielt mit der Zukunftsfähigkeit von Darmstadt sowie Südhessen als Gesamtregion und übersieht das Mobilitätsbedürfnis der Menschen als Teil ihrer Lebensqualität.

Dies gilt auch für die Frage von Wohlstand und sozialem Frieden in Darmstadt. Denn nicht von ungefähr kämpft auch die IHK im Namen ihrer Mitgliedsunternehmen für die ICE-Vollenbindung als wichtigen Standortvorteil für Wirtschaft und Wissenschaft.

Aus einer tatsächlich nachhaltigen Sichtweise heraus ist es keine Option, nach dem St. Florians-Prinzip lokal vermeintlich „Naturverbundenheit“ zu predigen ebenso wie Veränderungsängste zu schüren und sich dabei übergeordnet gegen den sinnvollen Ausbau der Schieneinfrastruktur zu stellen, der für die Umsetzung einer tatsächlich ökologischen Mobilitätswende und für den Kampf gegen den Klimawandel unverzichtbar ist.

Dass dies komplexe Abwägungsprozesse beinhaltet, liegt auf der Hand. Die Stadtverordnetenversammlung bestärkt den Magistrat darin, sich diesen objektiv, im Sinne der Gesamtstadt genauso wie der Stadteile und Waldbereiche in Streckennähe zu stellen.

Das heißt, dass es für die Stadtverordnetenversammlung nicht verhandelbar ist, insbesondere die Heimstättensiedlung durch eine Neubaustrecke unverhältnismäßig zu belasten. Die Bau- und Betriebstechnologie von Bahnstrecken lässt verträgliche Lösungen wie Tunnels etc. zu, die auch andernorts vielfach eingesetzt werden. Dies muss auch in Darmstadt der Fall sein. Der Schutz der Menschen hat oberste Priorität.

Vor diesem Hintergrund schließt sich die Stadtverordnetenversammlung auch der Haltung des Magistrats an, der bei der kleinräumigen Streckenwahl eine Festlegung auf eine Führung unmittelbar parallel zur Eschollbrücker Straße ablehnt.

Auswirkungen auf den Westwald sind, so die Forderung der Stadtverordnetenversammlung in Einklang mit dem Magistrat, möglichst gering zu halten. Zugleich ist es die Aufgabe einer zukunftsorientierten Stadtpolitik, kurzfristig zum Bau notwendige Eingriffe als Chance zu nutzen, indem Wiederaufforstungen strategisch in einen Waldumbau West eingebettet werden, der den geschädigten Westwald auch unter den Bedingungen von Klimawandel und Grundwassermangel eine neue Perspektive bietet.

Zusammenfassend bestärkt die Stadtverordnetenversammlung daher den Magistrat, in seinem geduldigen Einsatz für die ICE-Anbindung Darmstadts als ökologischer und ökonomischer Verkehrsinfrastruktur für die Zukunft.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Nicole Frölich
Yücel Akdeniz
(Fraktionsvorsitzende)

Ellen Schüßler
Axel Eppich
(Stadtverordnete)

Roland Desch
Alexander Schleith
(Fraktionsvorsitzende)

Dorothee Schmitt
Wilhelm Kins
(Stadtverordnete)